

**Volksabstimmung vom 6.6.1993**

**Musterreferat  
für EMD-Referenten**

Sicherheitspolitik ist viel mehr als nur Militär.

- Sicherheitspolitik beginnt bei der Aussenpolitik, geht über die Volkswirtschaft und über die soziale Sicherheit bis hin zur Armee.
- Das gibt ein Netz, das uns schützt.

Die Frage, ob wir eine Schweiz mit Armee haben, oder eine Schweiz ohne Armee,

- ist keine Frage des EMD.
- Es ist eine Frage, die uns alle angeht, Frauen und Männer.

Militär ist nicht Männersache.

- Denn die Mehrheit darf nicht fehlen, wenn von der Sicherheit des Landes die Rede ist.

Und es gibt keine Sicherheit für Männer und eine andere Sicherheit für Frauen.

- Es gibt nur eine Sicherheit für alle.
- Schutz geht uns alle an.

Die Zeiten mittelalterlicher Kriege

- in denen die Männer auszogen um fernab der Heimat zu kämpfen, sind vorbei.
- Im modernen Konflikt ist die Zivilbevölkerung am meisten betroffen.
- Denken sie an die Fernsehbilder aus Ex-Yugoslawien.

1989 war das Jahr der Friedenseuphorie

- Die Berliner Mauer fiel und damit der eiserne Vorhang.
- Viele glaubten, mit dem Ende des kalten Krieges verschwänden alle Kriege.
- Trotzdem stimmte das Volk 1989 für die Beibehaltung der Armee.
- Es hatte recht

Denn Sicherheit erfordert eine doppelte Strategie

- einerseits eine beharrliche und konsequente Friedensförderung,
- andererseits eine angemessene Verteidigungsfähigkeit.
- Diese beiden Elemente stützen und ergänzen sich gegenseitig.
- Das ist die Strategie derjenigen, die Verantwortung tragen.

Der Zerfall des Ostblocks und damit das Ende des kalten Krieges hat Chancen eröffnet.

- Die Schweiz fördert sie tatkräftig.
- In der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa KSZE.
- In Friedensmissionen.

Aber die Risiken sind keineswegs verschwunden.

- Die Welt ist so instabil wie kaum je zuvor.
- Es gibt riesige Arsenale mit zerstörerischen Waffen.
- Vielfach in den Händen von unberechenbaren und aggressiven Machthabern.

Seit 1992 wird in Europa wieder Krieg geführt. Mit modernsten Waffen

- 1984 strahlte Sarajewo im olympischen Glanz. Heute liegt die Stadt in Schutt und Asche.
- Tote Kinder und vergewaltigte Frauen prägen das Bild. Hunderttausende sind auf der Flucht.
- Sie wissen, was es heisst, wenn der Gegner die Luftherrschaft innehat und darum seine Artillerie ungehindert gegen Städte und Dörfer einsetzen kann.

Das ist die Realität.

- Ein Beispiel dafür, dass Geschichte nicht vorhersehbar ist.

Und wie dünn das demokratische Fundament in Russland ist,

- erleben wir in diesen Tagen,
- in denen jederzeit wegrutschen kann,
- was wir erst noch für irreversibel gehalten haben.

Keiner kann sagen, was in 5 oder 10 Jahren sein wird.

- Wenn wir in den letzten Jahren etwas gelernt haben,
- dann das, wie schnell sich Lagen ändern können
- und wie grausam die Folgen sind.

In dieser instabilen Zeit

- ist unsere Verteidigungsarmee die Versicherung für den schlimmsten Fall.
- Denn wer sich nicht selber helfen kann, dem hilft meist keiner.

Man darf sich aber nicht der Illusion hingeben,

- die Armee könne einen wirksamen Schutz bieten,
- wenn man ihr eine moderne Ausbildung verunmöglicht
- und ihr zeitgemässes Material vorenthält.

Eine Armee braucht eine gute Ausbildung und eine gute Ausrüstung.

- Sonst taugt sie nichts.

Gegen die zwei Grundpfeiler Ausbildung und Ausrüstung

- sind die wehrpolitischen Initiativen gerichtet,
- über die wir am 6. Juni abstimmen.

Beide Initiativen wollen etwas verhindern.

- Sie wollen nichts aufbauen.



Die Anti-Waffenplatz-Initiative ist eine Täuschungsinitiative.

- Ihr Pferdefuss steckt im Kleingedruckten,
- selbst wenn die Initianten das vielleicht nicht wollen.
- Sie verhindert eine moderne Ausbildung unserer Soldaten
- und wird deshalb von den Armeeabschaffern tatkräftig unterstützt.

Die Anti-Kampflugzeuginitiative ist eine Selbstentwaffnungsinitiative.

- Sie verbietet nicht nur den F/A-18,
- sondern jeden Ersatz unserer veralteten Flugzeuge.

Was viele nicht wissen:

- Die Initiative stammt von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee,
- deren erklärtes Ziel nach wie vor das ist, was ihr Name aussagt.

Die Anti-Waffenplatz-Initiative

- heisst "40 Waffenplätze sind genug-Umweltschutz auch beim Militär".
- Aber sie geht im Text viel weiter, als der Titel sagt.

Diese Initiative ist ein Wolf im Schafspelz.

- Sie verunmöglicht nicht nur jeden Neubau und jede Erweiterung,
- sie behindert auch jeden Ersatz.
- Modernisierungen wären stark erschwert.

Und sie betrifft nicht nur

- die Kaserne in Neuchlen-Anschwilen,
- sondern sämtliche militärischen Ausbildungsanlagen im ganzen Land.

Die Durchführung kantonaler und kommunaler Baubewilligungsverfahren bei

Annahme der Initiative

- würde nur die Rechtsanwälte beschäftigen
- und den Bau notwendiger Verteidigungsanlagen erheblich behindern.
- Die militärischen Bauten würden noch mehr verteuert
- und eine gerechte regionale Verteilung der militärischen Bauvorhaben auf die einzelnen Regionen des Landes wäre in Frage gestellt.

Das neue Militärgesetz bringt eine eindeutig bessere Lösung als die Initiative.

- Ein einheitliches Bundesverfahren garantiert allen betroffenen Privaten, Organisationen, Gemeinden und Kantonen ein Mitsprache- und Beschwerderecht.
- Die umfassende Beteiligung des Volkes am Entscheid über militärische Bauvorhaben wird damit sichergestellt.

Eine gute Ausbildung braucht nicht mehr Waffenplätze als heute.

- Deshalb wird der heutige Bestand im neuen Militärgesetz eingefroren.
- Niemand will mehr, auch das EMD nicht.
- Aber sie müssen zeitgemäss sein
- und im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinwesen und Privaten
- neuen Bedürfnissen angepasst werden können.

Falls eine Ersatz nötig wird, ist es sinnvoll

- Unterkunft- und Ausbildungsplätze zusammenzuführen
- und ungünstige Standorte
- mit langen Transportwegen,
- die die Bevölkerung belasten,
- gegen Standorte mit guter Umweltverträglichkeit abzutauschen.
- Gerade das wird nach dem Willen der Initianten verunmöglicht.

EMD und Armee nehmen den Umweltschutz sehr ernst.

- Es gibt und braucht in diesem Bereich keine militärischen Sonderrechte.
- Die strengen Vorschriften des Bundesrechts über den Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Moorschutz gelten für die Armee uneingeschränkt.

Das EMD ist übrigens das erste Departement

- mit einer strengen Umweltschutzverordnung
- und hat auf jedem Waffenplatz einen Umweltschutzbeauftragten.
- Es braucht also keine Initiative, um sicherzustellen, dass der Umweltschutz auch beim Militär gilt.

Unsere Soldaten verdienen eine Ausbildung

- die ihnen im Ernstfall eine Chance gibt.

Zu einer modernen Ausbildung gehören anständige Unterkünfte.

- Auch in Neuchlen-Anschwilen,
- wo der Ersatz für die Kaserne St Gallen gebaut werden soll,
- die der Stadtentwicklung und der Autobahn weichen musste.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung

- hat in Neuchlen-Anschwilen positive Resultate gebracht,
- Sie beendet ein unzumutbares Provisorium für die Rekruten
- die heute dezentral und von den Ausbildungsplätzen weit entfernt
- zum Teil unter prekären Verhältnissen
- auf dem Dachboden der Kaserne Herisau hausen müssen.

Moderne Anlagen schonen die Umwelt.

- Kürzestmögliche Verkehrswege liegen im gemeinsamen Interesse von Bevölkerung und Truppe.
- Umweltverträglichkeitsprüfungen garantieren eine rücksichtsvolle Standortwahl.
- Panzer-Simulatoren richten in Natur, Landwirtschafts- und Feriengebieten weder Lärm noch Schaden an.
- Aber auch Simulatoren brauchen etwas Platz.
- Waffenplatz.

Die Anti-Waffenplatz-Initiative kommt nicht von den Armeeabschaffern.

- Aber sie nützt ihnen,
- denn sie verhindert eine zeitgemässe Ausbildung unserer Milizsoldaten.

Eine Armee soll leistungsfähig sein.

- Ein gute Ausbildung ist einer der wichtigsten Voraussetzungen dafür.
- Das ist wie bei der Schulbildung.
- Und ich frage Sie: Käme es Ihnen in den Sinn, ein Modernisierungsverbot für Schulhäuser in der Bundesverfassung zu verankern?



Unsere Soldaten verdienen aber nicht nur eine gute Ausbildung.

- Um zu ihrem eigenen und zum Schutz der Bevölkerung bestmöglich gewappnet zu sein,
- brauchen sie auch zeitgemässes Material.

Am Boden ist unsere Armee modern ausgerüstet.

- In der Luft ist sie es nicht.

Eine einzige Hornet F/A-18

- schießt vier Mirage-Flugzeuge gleichzeitig ab,
- bevor diese ihren Angreifer überhaupt auf dem Radar sehen können.

Im modernen Luftkampf

- haben unsere Piloten keine Chance
- wenn sie nicht durch Flugzeuge der neuen Generation unterstützt werden.

Die beste Bodenarmee

- kann ihre Aufgabe ohne einen modernen Luftschirm nicht erfüllen.
- Dazu braucht es auch Kampfflugzeuge der neuen Generation.
- Denken sie nur an die Bilder vom Golfkrieg.

Die Flugwaffe ist kein Piloten-Spielzeug.

- Sie schützt Bevölkerung und Truppe.

Dazu braucht sie moderne Technologie.

- Stellen Sie sich ein Auto oder einen Schwarz-Weiss-Fernseher aus den späten 50er-Jahren vor,
- vergleichen Sie mit heute und denken Sie daran,
- dass unsere Piloten noch mit Maschinen aus dieser Zeit fliegen.

Unsere Hunter haben Jahrgang 1958.

- Fidel Castro war damals noch Guerillakämpfer und Nikita Chruschtschev, der wenige Jahre später durch sein Raketenlieferungen nach Kuba beinahe den 3. Weltkrieg auslöste, wurde zum sowjetischen Ministerpräsidenten gewählt.

1958, das war fünf Jahre vor der Ermordung von John F. Kennedy.

- 15 Jahre später verloren die USA den Vietnamkrieg
- und nochmals 6 Jahre später marschierten die Sowjetrussen in Afghanistan ein.

1958 feierte das Goggomobil am Genfer Autosalon Premiere.

- Heute kann man es im Automobilmuseum als Kuriosität bestaunen.

Es ist an der Zeit, auch die 130 fliegenden Goggomobile zu ersetzen.

- Die Beschaffung der Hornet F/A-18 ist keine Aufrüstung.
- Das ist der Ersatz von 130 museumsreifen Hunter-Flugzeugen durch 34 neue.
- Mehr nicht.

Der Verzicht auf diese Erneuerung

- bedeutet Preisgabe der Lufthoheit und damit unseres Schutzes in einem Bereich,
- der in jedem modernen Konflikt von Anfang eine entscheidende Rolle spielt.

Den Stellenwert der Flugwaffe kennen auch andere westliche Demokratien

- Deshalb erneuern auch Engländer, Franzosen, Deutsche, Schweden und Finnen ihre Flugzeuge,
- genau so wie das die Holländer, Dänen, Belgier, Norweger und Spanier schon vorher getan haben.

Den Initianten von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee

- geht es auch gar nicht nur um die Hornet F/A-18,
- wie sie glauben machen wollen.
- In der ganzen Initiative kommt die Hornet F/A-18 nicht ein einziges Mal vor.

Die Initiative verbietet vielmehr jeden Ersatz unserer veralteten Flugzeuge

- bis zum nächsten Jahrtausend.
- Unabhängig vom Flugzeugtyp, vom Preis oder von der Finanzierungsart.

Die Armeeabschaffer nennen das eine "Denkpause".

- Aber man sollte nicht Pausieren mit Denken.
- Das löst keine Probleme, sondern schafft nur Unsicherheit.
- Abgesehen davon, dass uns die aktuelle Lage nun wirklich nicht vom Denken dispensiert!

Wir haben nicht pausiert. Wir haben nachgedacht seit dem Ende des Kalten Krieges.

- Darum haben wir eine neue Sicherheitspolitik.
- Darum reformieren wir die Armee.
- Aber deren beweglichstes, raschestes und schlagkräftigstes Instrument ist die Flugwaffe.

Es ist wichtig, dass sie es bleibt.

- Deshalb hat die Erneuerung der Flugwaffe oberste Priorität.
- Das ist bedacht, abgewogen, geprüft und gereift.

Sicherheit zum Nulltarif, das gibt es nicht.

- Weder im sozialen, noch im wirtschaftlichen, noch im militärischen Bereich.
- Die 34 neuen Flugzeuge haben im normalen Rüstungsbudget Platz.
- Dank konsequenter Prioritätensetzung.



Die Flugzeugbeschaffung geht weder auf Kosten der Renten

- noch braucht sie neue Steuern.

Sie kostet unter dem Strich nicht 3,5 Milliarden Franken, sondern nur eine.

- Auf die Lebensdauer des Flugzeugs umgerechnet ganze fünf Franken pro Einwohner und Jahr (→ *Folie*)
- Denn 2,5 Milliarden Franken fliessen als direkte und indirekte Beteiligungsaufträge zurück in die Schweizer Industrie.
- Das ist achtmal mehr als das neue 300 Mio Franken - Impulsprogramm des Bundes.

Die Flugzeugbeschaffung ist eine Investition in die Zukunft

- für die Sicherheit, aber auch für den Werkplatz Schweiz.
- Dadurch werden 20'000 Mannjahre Arbeit geschaffen,
- was gerade in der Rezession besonders wichtig ist.
- Und zwar nicht primär in der Rüstungsindustrie,
- sondern in zahlreichen Unternehmen der Spitzentechnologie.

Es sind auch nicht die Grossen, die davon am meisten profitieren.

- Zwei Drittel aller Beteiligungsaufträge gehen in kleine und mittlere Unternehmen (→ *Folie*)
- und öffnen diesen die Tür zum amerikanischen Markt.

Hinter den beiden am 6. Juni zur Abstimmung gelangenen Initiativen

- stehen eine ganze Reihe weiterer Attacken auf die Armee Schlange.

Schon eingereicht sind

- die Initiativen für ein totales Waffenausführverbot
- und die Kostenhalbierungssinitiative.



Angekündigt sind

- eine Initiative zur Abschaffung des Zivilschutzes,
- eine Initiative für eine Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur,
- eine Initiative zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht
- und die Armeeabschaffungsinitiative II.

Wenn wir die deutlich verworfene Armeeabschaffungsinitiative

- und das ebenso deutlich abgelehnte Rüstungsreferendum dazuzählen,
- kommen wir auf sage und schreibe zehn Initiativen,
- die auf den Lebensnerv unserer Armee zielen.

Die Armeeabschaffer haben die kommende Abstimmung vom 6. Juni

- auch schon als Zwischenspurt auf dem Weg zur Abschaffung der Armee" bezeichnet.

Wenn die Armeeabschaffer in dieser Situation von "Kompromissen" reden

- ist das geradezu zynisch.
- Die Zitate (→ *Folien*) belegen klar, was das Ziel der Initianten ist.

Die Verharmlosungsstrategie, die soweit geht,

- von einer "Initiative für die Armee" zu reden,
- zeigt, dass die Initianten kalte Füße bekommen haben.

Denn die gegenwärtige Lage

- lässt weder die ganze noch die scheinweise Abschaffung der Armee zu.

Wenn wir am 6. Juni die beiden Initiativen gutheissen,

- hinterlassen wir bei unseren europäischen Nachbarn den Eindruck,
- dass es uns am Willen zur Selbstbehauptung fehlt.

Jahrzehntelang

- haben wir von unserer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stabilität profitiert.
- Wollen wir das auf's Spiel setzen?

Jetzt braucht es gerade auch gegen aussen klare Signale,

- dass Zuverlässigkeit und Vernunft unser Land regieren,
- dass wir bereit sind, die Verantwortung für uns selbst zu tragen,
- dass wir uns nicht selber entwaffnen.
- Eine Schweiz ohne Schutz kann nicht unser Ziel sein.

Deshalb sagen Bundesrat und Parlament entschlossen zweimal Nein zur Waffenplatzinitiative und zur Initiative für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge.